



Detailansicht des Registereintrags

Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)

Aktuell seit 13.06.2026 14:05:52

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001876
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	13.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	13.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Carl-Mosterts-Platz 1 40477 Düsseldorf Deutschland Telefonnummer: +493028878950 E-Mail-Adressen: bundesvorstand@bdkj.de berlin@bdkj.de Webseiten: www.bdkj.de
Hauptstadtrepräsentanz:	BDKJ-Bundestelle e.V. Büro Berlin Chausseestraße 128/129 10115 Berlin Telefonnummer: +493028878952 E-Mail-Adresse: berlin@bdkj.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

60.001 bis 70.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,95

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Lena Bloemacher**
Funktion: Bundesvorsitzende
2. **Gregor Podschun**
Funktion: Geschäftsführer
3. **Hottenbacher Daniela**
Funktion: 2. Bundesvorsitzende
4. **Volker Andres**
Funktion: 1. Bundesvorsitzender
5. **Henner Gädtke**
Funktion: Bundesvorsitzender (ehrenamtlich)
6. **Elisabeth Quarch**
Funktion: Geistliche Verbandsleitung

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (9):

1. **Joana Kulgemeyer**
2. **Dennis Wartenberg**
3. **Ansgar Pieroth**
4. **Lena Bloemacher**
5. **Gregor Podschun**
6. **Hottenbacher Daniela**
7. **Volker Andres**
8. **Henner Gädtke**
9. **Elisabeth Quarch**

Gesamtzahl der Mitglieder:

32 Mitglieder am 13.06.2026, davon:

15 natürliche Personen

17 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (29):

1. Arbeitsgemeinschaft der katholischen Organisationen Deutschlands (AGKOD)
2. Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe e.V. (AGJ)
3. Arbeitsgemeinschaft katholische Frauenverbände und -gruppen
4. Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit e. V. (BAG KJS)
5. Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAG K+R)
6. Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchen*politik e. V.
7. CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung
8. Deutscher Bundesjugendring (DBJR)
9. Deutsches Jugendherbergswerk e.V. (DJH)
10. Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA)
11. Initiative Lieferkettengesetz - Germanwatch e.V.
12. Klima-Allianz Deutschland e.V.
13. Fairtrade Deutschland e.V.
14. Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)
15. Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)
16. Jugendbildungsstätte Haus Altenberg e.V.
17. Bundesarbeitskreis FSJ (BAK FSJ)
18. Clean Clothing Campaign
19. Bündnis gegen Sexismus
20. IJAB - Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland
21. AGIAMONDO e.V.
22. arbeit für alle e.V.
23. Bundeszentrale für Katholische Jugendarbeit - Jugendhaus Düsseldorf e.V.
24. Gemeinsam Retten e.V.
25. Maximilian-Kolbe-Stiftung
26. Maximilian-Kolbe-Werk e. V.
27. Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ)
28. arbeit für alle e.V.
29. Jugendhaus Düsseldorf e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (14):

Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Entwicklungspolitik; Diversitätspolitik; Geschlechterpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Religion/Weltanschauung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Sonstiges im Bereich "Sport, Freizeit und Tourismus"; Klimaschutz;

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Bundeswehrrangelegenheiten; Verteidigungspolitik; Sonstiges im Bereich "Verteidigung"; Engagementpolitik, Jugendverbandsarbeit

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend ist zentraler Dachverband der katholischen Kinder- und Jugendverbandsarbeit in Deutschland. Im BDKJ organisieren sich 17 katholische Jugendverbände mit rund 660.000 Mitgliedern.

Hierzu gehören [1] Aktion West-Ost im BDKJ - Arbeitsgemeinschaft für europäische Friedensfragen; [2] DJK Sportjugend; [3] Christliche Arbeiterjugend (CAJ); [4] katholische junge Gemeinde (KjG); [5] Katholische Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB); [6] Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg (DPSG); [7] Kolpingjugend im Kolpingwerk Deutschland; [8] Quickborn-Arbeitskreis e.V.; [9] Katholische Studierende Jugend (KSJ); [10 & 11] Jugendverbände der Gemeinschaft Christlichen Lebens (GCL-JM - Gemeinschaft Christlichen Lebens - Jungen und Männer/GCL-MF - Gemeinschaft Christlichen Lebens - Mädchen und Frauen); [12] Internationale Bauorden; [13] Bund der St. Sebastianus Schützenjugend (BdSJ); [14] Verband der wissenschaftlichen katholischen Studentenvereine UNITAS e.V.; [15] Pfadfinderinnenschaft St. Georg (PSG); [16] Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentenverbände (AGV) e.V. sowie [17] Schönstatt-Mannesjugend.

Entsprechend des Aufbaus der katholischen Kirche in Deutschland ist der BDKJ in Bistümern engagiert. In 26 der 27 Bistümer Deutschlands organisiert er sich in Diözesanverbänden, in denen sich je eigene BDKJ-Regionalverbände und weitere lokale Untergliederungen organisieren.

Die im BDKJ organisierten katholischen Jugend- und Diözesanverbände befähigen Kinder und Jugendliche zu kritischem Urteil und eigenständigem Handeln aus christlicher Verantwortung. Dazu gehört der Einsatz für eine gerechte und solidarische Welt. Er versteht sich als gesellschaftliche Kraft in der Kirche und wirkt an der Fortentwicklung von Kirche, Gesellschaft, Staat und internationalen Beziehungen mit. Darüber hinaus kümmert sich der BDKJ um die Absicherung der finanziellen Förderung und unterstützt die katholischen Jugendverbände als Dachorganisation in vielen Belangen der Kinder- und Jugendarbeit.

Wesentliche Kernaufgabe des BDKJ ist die Vertretung der Interessen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Politik, Kirche und Gesellschaft. Diese leitet sich aus der Bundesordnung und dem Grundsatzprogramm des BDKJ ab und begründet die Tätigkeiten des BDKJ im Bereich der Lobbyarbeit.

Im Rahmen der Lobbyarbeit bringt sich der BDKJ in tagespolitische Diskussionen ein, sucht den Dialog mit politischen Entscheidungsträger*innen und bezieht Stellung zu aktuellen Gesetzesvorhaben. Dieses geschieht einerseits durch den Versand von eigenen Beschlüssen der Gremien des BDKJ und daraus abgeleiteter Positionspapiere sowie andererseits durch persönliche Gespräche auf Fachebene und der Teilnahme an bzw. der Durchführung von selbstorganisierten anlassbezogenen Informations-, Diskussions- und Netzwerkveranstaltungen.

Ziel und Zweck der Interessenvertretung des BDKJ ist es, relevante kinder- und jugendpolitische

Aspekte in aktuellen tagespolitischen Diskussionen zu adressieren und je eigene Impulse in laufende Gesetzgebungsverfahren aus Perspektive junger Menschen einzubringen. Der BDKJ-Bundesverband wendet sich mit seinen Lobbyaktivitäten dabei insbesondere an die Mitglieder des Deutschen Bundestags, die Bundesregierung und Bundesministerien sowie Vertreter*innen von Ministerien und Behörden auf bundes- und europapolitischer Ebene.

Konkrete Regelungsvorhaben (10)

1. Einführung eines Rechtsanspruchs auf auskömmliche Förderung eines Freiwilligendienstes

Beschreibung:

Der BDKJ lehnt einen sozialen Pflichtdienst ab. Die Jugendfreiwilligendienste zeigen, dass junge Menschen nicht zu einer sinnvollen Tätigkeit gezwungen werden müssen. Der BDKJ fordert daher: [1] Abkehr von der politischen Diskussion um einen sozialen Pflichtdienst und Beibehaltung der Aussetzung der Wehrpflicht; [2] eine gesetzliche Garantie und ein entsprechendes Recht auf auskömmliche Förderung einer jeden Vereinbarung, die zwischen Freiwilligen, Trägern und Einsatzstellen zustande kommt; [3] ein Rechtsanspruch auf ausreichende Förderung nach den bewährten Verfahren der einzelnen Programme aus jedem geschlossenen Vertrag für einen erstmaligen Freiwilligendienst; [4] die Abdeckung der Kosten durch Bundesmittel und daraus resultierende Planungssicherheit.

Betroffenes geltendes Recht:

JFDG [alle RV hierzu]; BFDG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Engagementpolitik, Jugendverbandsarbeit

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2407290003 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.06.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Versendet am 28.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]

2. Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag (SBGG)

Beschreibung:

Das Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag (SBGG) soll trans-, intergeschlechtlichen und nichtbinären Personen die Änderung ihres Geschlechtseintrags und ihrer Vornamen erleichtern. Am 12. April 2024 vom Bundestag verabschiedet, ersetzt es das Transsexuellengesetz (TSG). Volljährige können ihren Geschlechtseintrag und Vornamen unter bestimmten Voraussetzungen ändern lassen. Für Minderjährige gelten spezielle Regelungen, die elterliche Zustimmung voraussetzen. Das Gesetz regelt die rechtlichen Folgen der Änderungen, etwa in Bezug auf Quoten, Sport, medizinische Behandlungen und Strafvollzug. Es sieht auch Maßnahmen gegen Diskriminierung und Offenbarungsverbot früherer Geschlechtseinträge vor. Ein Entschädigungsfonds für frühere Diskriminierungen ist geplant.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9049 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag und zur Änderung weiterer Vorschriften

1. Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

3. Absenkung des Wahlalters zur Wahl des Deutschen Bundestages

Beschreibung:

Der BDKJ setzt sich für eine Absenkung des Wahlalters ein, um Jugendliche an allen politischen Entscheidungen angemessen zu beteiligen. Daher fordert der BDKJ ein höchstpersönliches Wahlrecht für Jugendliche, da nur so gewährleistet ist, dass ihre Interessen angemessen berücksichtigt werden. Bisherige Altersgrenzen sind aus Sicht des BDKJ willkürlich gezogen und müssen sich an der aktuellen Lebenswirklichkeit orientieren. Der BDKJ fordert daher eine Absenkung des Mindestwahlalters zur Wahl der Deutschen Bundestages auf mindestens 14 Jahre und dementsprechende Änderung des Grundgesetzes.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

4. Ergänzung des grundgesetzl. Diskriminierungsverbots um das Merkmal der sexuellen Identität

Beschreibung:

Der BDKJ unterstützt die Gesetzesinitiative, das grundgesetzlich festgeschriebene Diskriminierungsverbot, Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetzes, um das Merkmal der sexuellen Identität zu ergänzen. Ebenso plädiert der BDKJ dafür, den Begriff der Rasse aus dem gleichen Artikel zu streichen.

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

5. Verankerung von Generationengerechtigkeit als politische Leitlinie in allen Ressorts, auf allen Ebenen**Beschreibung:**

Der BDKJ fordert in seinem Positionspapier an MdB die verbindliche Verankerung von Generationengerechtigkeit als politische Leitlinie. Junge Menschen machen ein Drittel der Bevölkerung aus, doch ihre Anliegen werden in Politik und Gesellschaft zu selten berücksichtigt. Deshalb appellieren wir an Bundestag und Bundesregierung: Generationengerechtigkeit ressortübergreifend umsetzen, soziale Gerechtigkeit stärken, generationenübergreifende Perspektiven systematisch einbeziehen, Teilhabe durch Infrastruktur fördern und konsequent in den Klimaschutz investieren.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 8 [alle RV hierzu]; BHO [alle RV hierzu]; BGB [alle RV hierzu]; KSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Engagementpolitik, Jugendverbandsarbeit

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2507280006 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.07.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Verkehr (BMV) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [\[alle SG dorthin\]](#)

6. Förderung zum Wehrdienst-Modernisierungsgesetz (WDMoG): Rechtsanspruch auf Freiwilligendienst

Beschreibung:

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) begrüßt, dass der Entwurf zum Wehrdienst-Modernisierungsgesetz auf Freiwilligkeit setzt und keine Wehrpflicht reaktiviert. Verpflichtende Gesellschaftsdienste lehnt der BDKJ ab: Engagement muss freiwillig und selbstbestimmt sein. Zivile Freiwilligendienste wie das FSJ sind für gesellschaftlichen Zusammenhalt zentral und müssen gleichwertig berücksichtigt werden. Der BDKJ fordert einen Rechtsanspruch auf Freiwilligendienste (vgl. „Vision 2030“), faire Rahmenbedingungen und die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in die Ausgestaltung möglicher Ersatzdienste. Ziel ist, jungen Menschen echte Chancen auf Engagement und Lernen zu sichern, ohne soziale Dienste abzuwerten oder den Zugang zu erschweren.

Bundesrats-Drucksachenummer:

[BR-Drs. 441/25 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Wehrdienstes - Wehrdienst-Modernisierungsgesetz (WDMoG)

Zuständiges Ministerium: [BMVg](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[WehrPflG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [ErsDiG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [KDVG 2003](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [SG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [WSG 2020](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Bundeswehrangelegenheiten [\[alle RV hierzu\]](#); Kinder- und Jugendpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Verteidigung" [\[alle RV hierzu\]](#); Verteidigungspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2509230022 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]

Versendet am 15.08.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2603310032 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.02.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [alle SG dorthin]

7. Forderung zur Sicherung und Stärkung der Bundeszentralen Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe

Beschreibung:

Zusammen mit den Bundesverbänden der Kinder- und Jugendhilfe fordert der BDKJ eine auskömmliche, verlässliche und dynamische Finanzierung der bundeszentralen Infrastruktur aus dem Kinder- und Jugendplan (KJP). Diese Infrastruktur ist zentrale Voraussetzung für jugendpol. Handlungsfähigkeit und gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen. Angesichts steigender Tarif- und Sachkosten sowie neuer Aufgaben reicht die bisherige Mittelausstattung nicht aus. Für eine nachhaltige Absicherung sind mindestens 300 Mio. Euro im Bundeshaushalt erforderlich, ergänzt um eine jährliche Dynamisierung nach anerkannten Indizes, um Planungssicherheit und Qualität dauerhaft zu gewährleisten.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 8 [alle RV hierzu]; HG 2025 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

8. Förderung der Sicherung zivilgesellschaftlichen Engagements im weltwärts-Programm**Beschreibung:**

Mit großer Sorge verfolgt der BDKJ die Überlegungen, die Mittel für das weltwärts-Programm (Haushaltstitel Entwicklungspolitische Austausch- und Entsendedienste, 687 74 -023) in 2026 und 2027 zu kürzen. Der BDKJ sieht die Gefahr, dass ein relativ kostengünstiges Programm, das junge Menschen für die Entwicklungszusammenarbeit, die Nachhaltigkeitsziele und die Völkerverständigung begeistert, mittelfristig in eine Unterfinanzierung gerät und damit in seinem Fortbestand gefährdet wird. Der BDKJ ersucht Mandatsträger, sich im Rahmen der Haushaltsberatungen im Haushaltsausschuss dafür einzusetzen, das zivilgesellschaftliche Engagement im weltwärts-Programm zu stärken und die Höhe der Haushaltsmittel und Verpflichtungsermächtigungen mindestens auf dem aktuellen Niveau zu sichern.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/600 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Engagementpolitik, Jugendverbandsarbeit

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2511120007 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.11.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

9. Änderung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes**Beschreibung:**

Das Lieferkettengesetz verpflichtet große Unternehmen, menschenrechtl. und umweltbez. Sorgfaltspflichten entlang ihrer Lieferketten umzusetzen und darüber nachvollz. Rechenschaft abzulegen. Die geplante Streichung der Berichtspflicht und Begrenzung von Sanktionen auf „schwere Verstöße“ würden Transparenz und Durchsetzung spürbar schwächen und Rechtsunsicherheit erhöhen. Der BDKJ fordert den Erhalt der Berichtspflichten, damit das Bundesamt f. Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle eine standardisierte Prüfbasis hat und Öffentlichkeit sowie Betroffene nachvollziehen können, ob

Unternehmen ihrer Verantwortung nachkommen. Die Einschränkung auf Sanktionen bei „schweren Verstößen“ muss gesetzlich eindeutig und messbar definiert werden, damit die Regelung zu keinem faktischen Vollzugsstopp führt.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/2474 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes - Entlastung der Unternehmen durch anwendungs- und vollzugsfreundliche Umsetzung

Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

10. **Gesetzgebungsverfahren zum Reservestärkungsgesetz (ResG)**

Beschreibung:

Der BDKJ begleitet das Gesetzgebungsverfahren zum Reservestärkungsgesetz aus einer jugend-, bildungs- und friedensethischen Perspektive. Das Ziel ist es, die Rahmenbedingungen für junge Menschen in der Reserve fair und verlässlich zu gestalten.

Im Zentrum stehen dabei:

- Der gesetzliche Schutz von Bildungsbiografien durch verlässliche Zurückstellungsgründe für Auszubildende und Studierende (§ 10 ResG).
- Die Wahrung der Verhältnismäßigkeit im Alltag junger Menschen durch den Abbau proaktiver Meldepflichten und damit verbundener Bußgeldrisiken (§ 23, § 42 ResG).
- Die Digitalisierung und Entbürokratisierung des Kriegsdienstverweigerungsverfahrens (§ 2 KDVG).
- Der Schutz der zivilen Lebensbiografie bei der Festlegung von Höchstgrenzen für verpflichtende Reservedienste (§ 6 ResG).

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Reserve (Reservestärkungsgesetz - ResStG) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 27.05.2026

Federführendes Ministerium: BMVg [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

ResG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bundeswehrangelegenheiten [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Verteidigung" [alle RV hierzu]; Verteidigungspolitik [alle RV hierzu]; Engagementpolitik, Jugendverbandsarbeit

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (2):

- 1. Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin, Deutschland
Betrag: 950.001 bis 960.000 Euro
Personalkosten- und Maßnahmenförderung aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes in den Handlungsfeldern Kinder- und Jugendarbeit, Internationale Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit; Personalkosten- und Maßnahmenförderung Bundestutoriat Freiwilliges Soziales Jahr
- 2. Engagement Global gGmbH - Koordinierungsstelle weltwärts**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Bonn
Betrag: 100.001 bis 110.000 Euro
Engagement Global ist tätig im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Die Mittel erhält der BDKJ-Bundesstelle e.V. für die Durchführung des entwicklungspolitischen Freiwilligendienst weltwärts für die katholische Trägergruppe.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

440.001 bis 450.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (6):

1. Bund der St. Sebastianus Schützenjugend (BdSJ)
2. Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg (DPSG)
3. Katholische junge Gemeinde (KjG)
4. Katholische Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB)
5. Kolpingjugend
6. Christliche Arbeiterjugend (CAJ)

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Jahresabschluss-und-Rechenschaftsbericht_BDKJ-Bundesstelle_2025.pdf